

Die DVP im Dezember 2018/Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen

Jürgen Vable

Die Konkurrenten der (Kriminal-)Polizei:

Privatdetektive im deutschen Recht 467

Das Bild des Privatdetektivs ist weitgehend durch Darstellungen in Fernsehformaten und in Kinofilmen geprägt. Diese vermitteln jedoch einen Eindruck, der der Realität kaum entspricht. Der Alltag einer Detektei wird nicht durch spektakuläre (Mord-)Fälle geprägt, sondern durch Recherchen im Auftrag von Firmen, (scheidungswilligen) Ehepartnern oder von Anwaltskanzleien.

Dieser Beitrag informiert über

- die Rechtsstellung des Detektivs im Gewerberecht und Vertragsrecht,
- ihre rechtlichen Befugnisse bzw. Schranken, insbesondere
- Ermittlungsbefugnisse (Befragung, Beobachtung, Durchsuchung, Bildaufnahmen, Abhören und Tonaufzeichnungen,
- Festnahmerecht,
- das Führen einer Schusswaffe,
- eine eventuelle Pflicht zum Kostenersatz.

Rainer Gebhardt

Privatisierung – Rationalisierungschance oder

Monopolisierungsgefahr? 472

Mit einer Privatisierung sollen im Wesentlichen drei Zwecke erfüllt werden:

1. Die öffentliche Körperschaft – und damit der Steuerzahler – soll von Kosten entlastet werden.
2. Die Privatisierung soll Wettbewerb in dem entsprechenden Bereich fördern.
3. Für die Verbraucher bzw. die Bürger soll sich die Versorgungssituation verbessern und verbilligen.

Am Beispiel u.a. der Energieversorgung und der Wasserversorgung wird untersucht, ob diese Ziele in der Vergangenheit erreicht wurden und welche Lehren daraus für die künftige Neuvergabe von Konzessionsverträgen gezogen werden können.

Jan Schilling/Johanna Groß/Lea Bürger/Mona Eggersglüß/Julia Loch/Carolin Meyer/Vivien Oppermann

Ausbildung als Verwaltungsfachangestellte am Niedersächsischen Studieninstitut 476

Die Auszubildenden für die Laufbahn als Verwaltungsfachangestellte des Niedersächsischen Studieninstituts wurden mittels eines Fragebogens zu den Ausbildungsbedingungen und -erfahrungen befragt.

Der Beitrag erläutert Methodik und Ergebnisse dieser Befragung.

Gert Kohnke/Michael Grosse

Einkommensermittlung bei Selbstständigen im SGB II

nach § 3 der Alg II-Verordnung (Alg II-V) 481

Im zwölften Teil dieser Reihe (zuletzt in der Oktober-Ausgabe der DVP 2016, S. 435) befassen sich die Autoren weiterhin mit dem Thema „Betriebsausgaben“ und gehen alphabetisch auf Einzelfragen (M-Z) ein.

Wolfgang Mosbacher

Bund-Länder-Finanzreform 2017 als

Föderalismusreform III mit Ergänzung 2018? 488

In der letzten Legislaturperiode hatte der Deutsche Bundestag eine umfassende Grundgesetzänderung verabschiedet, welche der Bundesrat ebenfalls mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit beschlossen hatte. Das entsprechende Gesetz ist am 20. 07. 2017 in Kraft getreten (BGBl. 2017 I, 2347). Es lässt sich zusammenfassen in der Formel: Mehr Geld für die Länder ab dem Jahr 2020, mehr Kompetenzen für den Bund vor allem bei der Verwaltung der Autobahnen sowie bei der Digitalisierung von Verwaltungsdienstleistungen des Staates für den Bürger. Im Folgenden soll vor allem ein Überblick über diese Mitte 2017 verabschiedeten Änderungen des Grundgesetzes gegeben werden. Ein Ausblick

auf das laufende Gesetzgebungsverfahren zu weiteren wichtigen Änderungen des Grundgesetzes und insbesondere der Finanzverfassung rundet den Beitrag ab.

Holger Weidemann

Basistext: Schriftliche Bestätigung eines mündlichen

Verwaltungsakts 491

Für das Verwaltungsverfahren begründet § 10 VwVfG den Grundsatz der Nichtförmlichkeit. Wenn die Behörde aber mündlich oder elektronisch einen Verwaltungsakt erlässt, kann der Beteiligte verlangen, dass ein mündlicher Verwaltungsakt schriftlich oder elektronisch bestätigt wird; für einen elektronischen Verwaltungsakt kann eine schriftliche Bestätigung verlangt werden. Dieser Beitrag erläutert kurz die Anspruchsvoraussetzungen.

Fallbearbeitungen

Ralf Schmorleiz/Achim Wagner

Die Satzungen von Überall 493

Gegenstand dieser Klausur aus dem Kommunalrecht sind insbesondere Fragen der Kommunalaufsicht, des Satzungsrechts sowie der Zuständigkeitsverteilung zwischen Verbandsgemeindeverwaltung und Bürgermeister der Ortsgemeinde nach der Gemeindeordnung Rheinland-Pfalz.

Udo Kunze

Der abgestellte Motorroller – Teil 1: Erstentscheidung

Online-Fallbearbeitung 496

Diese Klausur basiert auf zwei Aktenvorgängen aus der Verwaltungspraxis, die einen Motorroller und ein widerrechtlich abgestelltes Autowrack betreffen. Für die Lehre und die Praxis wurden die aufkommenden Rechtsfragen sehr ausführlich im Lösungsteil einer nachvollziehbaren und begründeten Antwort zugeführt, um Studierenden sowie Praktikern einen vertiefenden Einblick in die komplexen Zusammenhänge zwischen dem besonderen und dem allgemeinen Verwaltungsrecht zu geben. Weitere Schwerpunkte dieses Falles sind die oft vernachlässigten, aber auch im öffentlichen Recht zur Anwendung kommenden Mitwirkungs- und Beweisführungspflichten, die entscheidungserheblich sein können.

Das Gutachten, ausführliche ergänzende Hinweise zur Rechtsmethodik und der verfahrensabschließende Bescheid stehen unter www.mydvp.de.

Rechtsprechung

Informationszugang zu Diensttelefonnummern eines Jobcenters

(BVerwG, Urteil vom 20.10.2016 – 7 C 20.15)..... 498

Gebührenerhebung für verdachtsunabhängige waffenrechtliche Aufbewahrungskontrolle

(OVG Bremen, Urteil vom 16.05.2017 – 1 LB 234/15) 499

Hausverbot zum Schutz von Mitarbeitern und Besuchern

(OVG Lüneburg, Beschluss vom 17.05.2018 – 10 ME 198/18) 500

Anspruch auf Zulassung zur Nutzung kommunaler Einrichtungen

(OVG Münster, Beschluss vom 19.05.2015 – 15 A 86/14) 502

Kostenersatz bei Abschleppen eines verbotswidrig abgestellten Fahrzeuges

(BGH, Urteil vom 11.03.2016 – V ZR 102/15)..... 503

Zum Schadensersatzanspruch wegen Mobbing

(BAG, Urteil vom 11. 12. 2014 – 8 AZR 838/13)..... 504

Schrifttum

507

Die Schriftleitung

Diese Ausgabe der Zeitschrift enthält eine Beilage der Fa. Haufe-Lexware GmbH & Co. KG. Wir bitten um freundliche Beachtung!